Nachrichten aus dem netz

EAPN

ZUSAMMENFASSUNG DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN ARMUTSNETZWERKS

Nr 105 | MÄRZ-APRIL | 2004

SPEZIALAUSGABE EU-ERWEITERUNG

Leitartikel

Ein erweitertes soziales Europa für alle?

Die Erweiterung der Europäischen Union wird immense Veränderungen und Herausforderungen mit sich bringen, die auch in den kommenden Monaten und Jahren noch auf verschiedene Ebenen diskutiert werden. Die Wirklichkeit der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, spielt dabei kaum eine Rolle. Die in dieser Ausgabe von Nachrichten aus dem Netz beschriebene Situation verdient jedoch die allergrößte Aufmerksamkeit.

Was die offizielle Seite angeht, so veröffentlichte die Kommission zusammen mit den nationalen Regierungen im Dezember letzten Jahres Gemeinsame Memoranda für die soziale Eingliederung (JIMs) herausgegeben, die einen Überblick über die soziale Situation in den einzelnen neuen Mitgliedstaaten geben sollen.

Die Diskrepanz zwischen den Daten aus den JIMs und der sozialen Realität in vielen Ländern zeigt jedoch die begrenzte Aussagekraft der zur Zeit verwendeten Eurostat-Zahlen. Legt man in einem Land mit einem generell sehr niedrigen Einkommensniveau 60% des Einkommensmittelwerts als Armutsgrenze zugrunde, kommt eine offizielle Armutsrate heraus, die unterhalb der in den bestehenden EU-15 liegt und der Wirklichkeit von Armut und sozialer Ausgrenzung in diesen Ländern kaum gerecht wird.

Darüber hinaus machen die Ergebnisse der JIMs die dringende Notwendigkeit eines Prozesses deutlich, durch den sozialpolitische Maßnahmen, z.B. nationale Aktionspläne, umgesetzt und gleichzeitig wirtschafts- und finanzpolitische Reformen durchgeführt werden. Soziale Gerechtigkeit und Zugang zu Grundrechten für alle Einwohner der erweiterten EU zu garantieren, wäre sicherlich eine bessere politische Option als die Dinge, die politische Aufmerksamkeit erhalten haben, z.B. die Einschränkung des freien Personenverkehrs, die zu einer Zweiklassengesellschaft von EU-Bürgern führen könnte.

Michaela Moser

Koordinatorin der EAPN-Task Force Erweiterung

INHALT

Ein Europa der 25

- Eine wachsende Union mit wachsenden Unterschieden 2
- Geschichte der Erweiterung 2
- Gemeinsames Konzept für die NAP Eingliederung 2004-2006 3
- Das lettische Memorandum auf dem Prüfstein 4
- Zehn neue Kommissare..... 4
- Immer noch Diskriminierung der Roma in der Slowakischen Republik 5
- Wichtige Dokumente zur Erweiterung 5
- Unbekannte Obdachlosenquote in Polen..... 6
- Nützliche Websites..... 6
- Die Gemeinsamen Memoranda für die soziale Eingliederung in Kürze, mit statistischen Daten..... 7

Nachrichten aus Bulgarien

- Interview mit Douhomir Minev und Maria Jeliazkova vom bulgarischen Netzwerk gegen Armut 12

Eine wachsende Union mit wachsenden Unterschieden

Der EU-Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 ist eine der größten Herausforderungen, die die Union seit ihrer Gründung zu bewältigen hatte.

Um der Union beizutreten, mussten die Tschechische Republik, Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik und Slowenien die unter der Bezeichnung "Kopenhagener Kriterien" bekannten wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen erfüllen: eine stabile Demokratie, Einhaltung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Schutz von Minderheiten sowie eine funktionierende Marktwirtschaft und die Annahme der gemeinsamen Regeln, Normen und Politiken, aus denen sich das Recht der EU zusammensetzt. Eine solche Erweiterung muss als Erfolg für die Europäische Union angesehen werden. Nicht nur aufgrund des symbolischen Werts der Überwindung der Spaltung Europas, sondern auch als Schritt in Richtung der Anerkennung, dass wichtige Fragen, die für die Menschen von Belang sind, gemeinsam und europaweit angegangen werden müssen.

> Die Europäische Union der 25 kann es sich nicht erlauben, innerhalb ihrer eigenen Grenzen eine Festung zu werden

Der Herausforderung gerecht werden

Sowohl die europäischen Institutionen als auch die bestehenden und künftigen Mitgliedstaaten haben hart gearbeitet, damit die Union den Herausforderungen, die eine solch umfangreiche Erweiterung an ihre Politik und Strukturen stellt, adäquat begegnen kann. Der Entwurf einer europäischen Verfassung, die Definition einer neuen finanziellen Perspektive und eines Rahmens für die zukünftige Politik der Union im Bereich des sozialen Zusammenhalts, die Beschleunigung der Integration der neuen Mitgliedstaaten in die bestehende politische Ordnung erforderten ein Höchstmaß an Energie und Engagement aller Beteiligten. Dies kann als Zeichen dafür verstanden werden, dass die Erweiterung im Allgemeinen als lang erhoffte Chance angesehen wird.

Gleichzeitig hat es jedoch auch Tendenzen gegeben, die darauf hindeuten, dass die Erweiterung von einigen Seiten als "Bedrohung" empfunden wird. Die Besorgnis über die zu erwartenden Migrationsströme, die Festlegung langer Übergangszeiträume für den freien Personenverkehr und diskriminierende Haltungen gegenüber Minderheiten in den neuen Mitgliedstaaten, die in einigen Ländern in den Medien zum Ausdruck kamen, sind nur einige Beispiele für diese negative Reaktion auf die Erweiterung.

Es ist eine Tatsache, dass die Europäische Union der 25 es sich nicht erlauben kann, innerhalb ihrer eigenen Grenzen eine Festung zu werden. Die Bemühungen müssen sich jetzt darauf konzentrieren, von innen heraus eine größere Einheit zu schaffen, was dann bedeuten würde, dass die Garantie sozialer Gerechtigkeit und des Zugangs zu Grundrechten für alle Einwohner - einschließlich der 68 Millionen Menschen, die in Armut und sozialer Ausgrenzung leben werden – von überragender Bedeutung ist. Die EU muss ihrer Verpflichtung gerecht werden, in ihrem gesamten Territorium die Armut zu beseitigen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern, und sie muss die Tatsache akzeptieren und auch danach handeln, dass dies nicht ausschließlich durch Wirtschaftswachstum erreicht werden kann.

Die Kluft zwischen Wachstum und Zusammenhalt überbrücken

Das EAPN hat es sehr begrüßt, dass als Reaktion auf diese Verpflichtung die EU-Strategie zur sozialen Eingliederung bereits vor dem Beitrittsdatum in allen 25 Mitgliedstaaten umgesetzt wurde. Die Erstellung der Gemeinsamen Memoranda für die soziale Eingliederung (JIMs) im Jahre 2003 (vorbereitende Dokumente zu den nationalen Aktionsplänen) hat dazu beigetragen, ein Bild vom Ausmaß der Armut und der sozialen Ausgrenzung in den neuen Mitgliedstaaten zu bekommen und deutlich gemacht, wie wichtig die Bekämpfung dieser Probleme ist.

Gemessen am relativen Einkommen ist das Armutsrisiko in den Beitrittsländern (13%) niedriger als in den bestehenden Mitgliedstaaten (15%). Jedoch bedeutet das insgesamt viel niedrigere Einkommensniveau in diesen Ländern, dass große Teile der Bevölkerung sehr niedrige Einkommen haben und einem hohen Maß an sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind. Ein Überblick über sämtliche JIMs zeigt, dass die gefährdetsten Gruppen Arbeitslose, Kinder und junge Menschen sowie Familien mit drei oder mehr Kindern und Alleinerziehende sind.

Geschichte der Erweiterung

Der Vertrag von Paris (1951), der die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), und der Vertrag von Rom (1957), der die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) begründete, wurde von sechs Gründungsmitgliedern unterzeichnet: Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg die Niederlande.

Die EU wurde dann viermal erweitert:

- 1973: Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich
- 1981: Griechenland
- 1986: Portugal und Spanien
- 1995: Österreich, Finnland und Schweden

Die fünfte Erweiterung (Zypern, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakische Republik, Slowenien), die am 1. Mai 2004 stattfinden wird, ist von einer nie dagewesenen Dimension, was die Zahl der Länder (10), das Gebiet (Erweiterung um 23%) und die Bevölkerung (Zuwachs um 74 Millionen) betrifft.

Bulgarien und Rumänien hoffen auf ihren EU-Beitritt bis 2007, die Türkei hat den Beginn der Beitrittsverhandlungen beantragt.

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote ist mit 14,3% im Vergleich zu den EU-15 mit 8% hoch. Besonders ernsthaft ist die Situation in Estland, Lettland, Litauen, Polen und in der Slowakischen Republik. Langzeitarbeitslosigkeit, die meist mit einem hohen Maß an Deprivation einhergeht, liegt bei 8% (verglichen mit 3% in den EU-15) und ist besonders hoch in der Slowakischen Republik, Polen und Litauen. Die Lebenserwartung bei der Geburt ist in den meisten Beitrittsländern bedeutend niedriger als in den EU-15, vor allem bei Männern, bei denen sie 5 Jahre geringer ist als in den EU-15. Studien haben auch gezeigt, dass sich mehr Menschen ausgegrenzt und von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen. Die JIMs machen auch deutlich, dass für viele Menschen der Zugang zu wesentlichen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung und soziale Dienstleistungen oft unzureichend ist.

In den JIMs werden die folgenden Herausforderungen identifiziert, die es zu bewältigen gilt: Erhöhung der Teilhabe am Arbeitsmarkt, Verbesserungen im Bereich Bildung und lebenslanges Lernen, Reform der Sozialschutzsysteme, Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsversorgung, sozialen Dienstleistungen und Wohnraum, sowie Unterstützung von Familien und Schutz der Rechte von Kindern. Darüber hinaus ist es notwendig, die drängende Frage der Akkumulation von Benachteiligungen und der sozialen Segregation in bestimmten Bereichen anzugehen und die Eingliederung der Roma und ethnischen Minderheiten zu fördern.

Die Wirklichkeit der Armut widerspiegeln

Mittels seiner Kontakte zu den neuen Mitgliedstaaten konnte das EAPN Informationen über die Beteiligung der NRO und der von Armut betroffenen Menschen an der Erstellung der Gemeinsamen Memoranda für die soziale Eingliederung sammeln. Insgesamt ist das Ergebnis eher negativ und es muss noch viel getan werden, um sicherzustellen, dass die Strategie zur sozialen Eingliederung kein rein administrativer oder bürokratischer Prozess wird. Das Bewusstsein für diese Strategie muss gestärkt und die klare und strukturierte Beteiligung anderer Akteure garantiert werden.

Was den Inhalt angeht, so sehen die NRO in den neuen Mitgliedstaaten die JIMs als eine sehr positive Initiative, die dazu beigetragen hat, die Herausforderungen der Armut und sozialen Ausgrenzung zu messen und zu bewerten. Aber sie weisen auch auf die Mängel des Prozesses hin, die sie gerne behoben sehen würden, wenn die Strategie in diesen Ländern in vollem Umfang angenommen wird und nationale Aktionspläne erstellt werden (die erste Runde wird bis Juli 2004 vorliegen). Insbesondere wünschen sie sich, dass sich die Pläne mit der *Wirklichkeit der Armut* auseinandersetzen, nicht nur in Form von Zahlen, sondern als ein multidimensionales Problem und als Verweigerung von Grundrechten. Daten und Statistiken wurden insbesondere dahingehend kritisiert, dass sie die tatsächlichen Verhältnisse nicht widerspiegeln.

Außerdem hofft man, dass die nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung dazu beitragen werden, sozial-, wirtschafts-, und beschäftigungspolitische Maßnahmen in Zukunft besser zu koordinieren und Fragen im Zusammenhang mit der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich und der wachsenden Unzulänglichkeit bestehender Sozialschutzmaßnahmen in Angriff zu nehmen.

> **Die Daten und Statistiken wurden insbesondere dahingehend kritisiert, dass sie die tatsächlichen Verhältnisse nicht widerspiegeln**

Die NRO freuen sich auf die Gelegenheit, an der strategischen Entwicklung der nationalen Aktionspläne in den neuen Mitgliedstaaten mitzuwirken. Sie hoffen, dass diese Pläne ein echtes *Instrument* für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung und nicht nur eine Analyse bieten werden. Dies sollte auch die Entwicklung besserer Umsetzungs- und Bewertungsmechanismen beinhalten. Die NRO benötigen weitere Unterstützung, auch finanziell, damit sie ihre Aktivitäten durchführen können, sowie Hilfe bei der Entwicklung von Netzwerken, die die Interessen der Menschen vertreten, die Armut, Ausgrenzung und Ungleichheit erleben. Solche Netzwerke könnten in einer strukturierten Art und Weise Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung definieren und Verbindungen mit bestehenden Strukturen auf europäischer Ebene, z.B. dem EAPN, knüpfen. Dies zu unterstützen ist von wesentlicher Bedeutung.

Patrizia Brandellero
EAPN, Politik und Entwicklung

Kunda, Estland – Foto: Weltbank

GEMEINSAMES KONZEPT FÜR DIE NAP EINGLIEDERUNG

Die neuen Mitgliedstaaten müssen ihre ersten nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung bis Juli 2004 vorlegen. Das gemeinsame Konzept für diese NAP, das vom EU-Ausschuss für Sozialschutz gebilligt wurde, lehnt sich eng and die Struktur an, die 2003 von den bestehenden Mitgliedstaaten bei der Erstellung ihrer NAP verwendet wurde:

- Wichtige Tendenzen und Herausforderungen: wichtigste Tendenzen, unmittelbare und langfristige Risikofaktoren sowie Gruppen, die hauptsächlich von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind;
- Strategischer Ansatz, Hauptzielsetzungen und -vorgaben, u.a. langfristige Zielsetzungen für die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung;
- Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten während des Zweijahreszeitraums umsetzen wollen, einschließlich finanzieller Verpflichtungen;
- Institutionelle Strukturen: Beschreibung und Bewertung des Prozesses der Erstellung der NAP, insbesondere in Bezug auf die Beteiligung aller Akteure (einschließlich Soziapartner und NRO);
- Bewährte Verfahren: Aufstellung einiger (höchstens vier) Beispiele bewährter Verfahren, die sich aus Maßnahmen oder institutionellen Strukturen ergeben haben.

Die zehn neuen Kommissare

Vom 1. Mai an werden die folgenden zehn neuen Kommissare in das Kollegium integriert werden:

- Markos Kyprianou (Zypern)
- Pavel Telicka (Tschechische Republik)
- Siim Kallas (Estland)
- Péter Balázs (Ungarn)
- Sandra Kalniete (Lettland)
- Dalia Grybauskaite (Litauen)
- Joe Borg (Malta)
- Danuta Hübner (Polen)
- Ján Figel (Slowakische Republik)
- Janez Potocnik (Slowenien)

Sie werden keine eigenen Ressorts haben, sondern vom 1. Mai bis zum 31. Oktober an der Arbeit des bestehenden Kollegiums beteiligt werden. Wenn am 1. November eine neue Kommission eingesetzt wird, müssen alle neuen Mitglieder von ihren jeweiligen Ländern erneut nominiert werden.

Das lettische Memorandum auf dem Prüfstand

Bei der Entwicklung des lettischen Gemeinsamen Memorandums für die soziale Eingliederung musste eine Reihe von Fragen genau untersucht werden.

In einer Zeit, in der die nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung für Lettland entwickelt werden, ist es wichtig, die schwierigsten Punkte und Fragen zu klären und zu untersuchen, die das Gemeinsame Memorandum für die soziale Eingliederung (JIM) aufwirft.

Im lettischen JIM liefert die Analyse der Situation in Bezug auf Armut und soziale Ausgrenzung einen allgemeinen Überblick, wirft jedoch auch einige Fragen auf. Vor allem die verwendeten Daten sind fragwürdig. Einige Angaben sind zwar korrekt, spiegeln aber weder die tatsächliche Situation noch den Kern bestimmter Probleme wider, da sie isoliert und außerhalb des wirtschaftlichen und sozialen Kontexts stehen. Ein Beispiel ist der inflationsbedingte Anstieg der Renten und Löhne, der sich faktisch jedoch nicht in einer Verbesserung des Lebensstandards dieser Gruppen niederschlägt.

Ein Teil der Daten sollte ausführlicher und aus verschiedenen Blickwinkeln analysiert werden. Es sollte zum Beispiel untersucht werden, warum bestimmte Gruppen von Langzeitarbeitslosen sich so lange in dieser Situation befinden. Korrekte Daten, aus allen Blickwinkeln analysiert, würden helfen, den Kern der einzelnen Probleme darzustellen und geeignete Lösungen zu finden. Es müssen verschiedene Akteure an der Datengewinnung und –analyse beteiligt werden.

Notwendigkeit der interministeriellen Zusammenarbeit

Um den wichtigsten politischen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können, sollte die Regierung klare nationale Maßnahmen und eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und anderen Behörden/Akteuren entwickeln. Sehr oft erstellen nationale Behörden Pläne, die weder die sozialen Erfordernisse widerspiegeln, noch spezifische Probleme lösen. So sollten beschäftigungspolitische Maßnahmen, die vom Ministerium für Soziales entwickelt werden, eng an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes orientiert sein, die wiederum mit dem Arbeitsgebiet des Wirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Regionalentwicklung und lokale Angelegenheiten verbunden sind. Ohne ein solches Zusammenwirken werden Arbeitslose nicht darin geschult, adäquate, der Nachfrage des Arbeitsmarktes entsprechende Fähigkeiten zu entwickeln und es bleiben offenen Stellen im Arbeitsmarkt.

Durch Zusammenarbeit wird die Entwicklung von Plänen und Maßnahmen sichergestellt, die tatsächliche soziale Eingliederung fördern. Das JIM macht die Notwendigkeit von Verbesserungen deutlich: "*das Fehlen eines klar definierten politischen Rahmens und eines Mechanismus zur Förderung der behördlichen Zusammenarbeit im Bereich Armut und soziale Ausgrenzung hat sich negativ auf die bestehende Situation ausgewirkt*".

> Sehr oft erstellen nationale Behörden Pläne, die die sozialen Erfordernisse nicht widerspiegeln

'Teilhabe' entwickeln

Die aktive Teilhabe sozial ausgegrenzter Gruppen am öffentlichen Leben sollte gefördert und verstärkt werden, da sie einen Schlüsselfaktor für die Verbesserung der Lebensbedingungen des Einzelnen darstellt. Im Bereich soziale Eingliederung muss bei einigen politischen Maßnahmen genauer analysiert werden, ob sie das Risiko der Ausgrenzung tatsächlich vermindern. Ein Beispiel sind die Initiativen im Bereich *e-Inclusion* ("elektronische Eingliederung"). Dabei handelt es sich zweifellos um eine positive Initiative, was die Förderung des Zugangs zu Informationen angeht. Jedoch kann die soziale Isolation durch sie allein nicht vermindert werden.

Die Erstellung des JIM hat zum ersten Mal auf der Ebene der Politikentwicklung zu einem Dialog zwischen den staatlichen Behörden und den NRO geführt. Früher wurden die NRO von den Politikern und Behörden lediglich als gute Dienstleistungserbringer betrachtet, aber nicht als echte Partner, die in der Lage sind, an der Politikentwicklung mitzuwirken. Ein solcher Fortschritt ist sehr begrüßenswert und der Dialog sollte fortgesetzt werden.

Irina Kulitane
Direktorin der Livani-Stiftung "Balta maja"

Immer noch Diskriminierung der Roma in der Slowakischen Republik

Die Roma werden im slowakischen JIM zwar ausdrücklich erwähnt, jedoch gibt die zu ihrer Beschreibung verwendete Sprache Anlass zur Besorgnis.

In seiner ausführlichen Beurteilung des slowakischen Gemeinsamen Memorandums für die soziale Eingliederung (JIM) äußert das European Roma Rights Center (europäisches Zentrum für die Rechte der Roma, ERRC) (*) Bedenken bezüglich der zur Beschreibung der Roma verwendeten Sprache. Zum Beispiel heißt es in dem JIM: *"Die Mehrzahl der Roma werden zu einer sozialen Minderheit, nicht zu einer ethnischen Minderheit. Die Roma überschneiden sich mit den niedrigsten sozialen Schichten. Aufgrund kumulativer Nachteile ist Langzeit- und Dauerarbeitslosigkeit bei den Roma weitverbreitet und die entstehende Kultur der Armut wird an die folgenden Generationen weitergegeben."*

Das ERRC betont, dass die slowakischen Roma eine extrem vielfältige Bevölkerungsgruppe darstellen und dass die slowakische Regierung in einigen Bereichen zur Zeit "*keine detaillierten Angaben über die genaue Situation der Roma in der Slowakischen Republik und ihre Stellung im Verhältnis zum Rest der slowakischen Gesellschaft machen kann*". Das ERRC ist außerdem der Auffassung, dass die auf dem Schlagwort "Kultur der Armut" basierenden Ansätze größtenteils in Frage zu stellen sind, vor allem da sie wenig zu den Instrumenten für die tatsächliche Bekämpfung der Armut und extremen Armut beitragen: *"Sie scheinen vielmehr eine Methode zu sein, mit der sich politische Akteure ihrer Verantwortung entledigen, praktikable und wirksame Programme gegen Armut zu entwickeln"*.

Weitverbreitete "Antipathie" gegenüber den Roma

Das ERRC stellt auch heraus, dass sich das slowakische JIM, indem es "kumulative Nachteile" der Roma für die Arbeitslosigkeit verantwortlich macht, der in der Slowakischen Republik weitverbreiteten Antipathie gegenüber den Roma scheinbar nicht bewusst ist. Derartige Haltungen gaben bereits Anlass zu vielen Berichten über Rassendiskriminierung im Bereich Beschäftigung und machen es für qualifizierte Roma sehr schwierig – oder sogar unmöglich - eine Erwerbstätigkeit zu finden. Darüber hinaus hat die Slowakische Republik immer noch kein umfassendes Gesetz gegen Diskriminierung erlassen und hat es bis heute versäumt, die Richtlinien des Artikel 13 in nationales Recht umzusetzen.

"Ohne die Anerkennung der Tatsache, dass Rassendiskriminierung ein wesentlicher Faktor der Arbeitslosigkeit unter den Roma ist, bleibt fraglich, wie die slowakischen politischen Entscheidungsträger wirksame Maßnahmen entwickeln können, um die Roma (wieder) in den Arbeitsmarkt zu bringen" wird in der Beurteilung des ERRC hinzugefügt.

Schließlich hält es das ERRC für "*extrem unangebracht*", dass in dem slowakischen JIM geleugnet wird, dass die Roma eine ethnische Gruppe darstellen: *"Ein solcher Ansatz würde bedeuten, dass die slowakische Regierung (...) in Bezug auf die Roma die Gültigkeit ihrer eigenen Bestimmungen über Minderheitsrechte in Frage stellt. Es ist unklar, wie eine wirksame Politik entwickelt und adäquat umgesetzt werden kann, unter Bedingungen, die den Roma die grundsätzliche Anerkennung ihrer elementaren Würde verweigert, einschließlich eines der wesentlichsten Elemente des eigenen Ichs, der ethnischen Identität"*.

Wenn die slowakischen Maßnahmen zur Beseitigung der sozialen Ausgrenzung der Roma wirksam sein sollen, ist eine gründliche Auseinandersetzung mit diesen Grundsatzfragen notwendig, betont das ERRC.

Mangel an statistischen Daten

Laut des ERRC verliert das slowakische JIM, dadurch dass es an klaren und korrekten Daten mangelt bezüglich der Situation der Roma in den im Rahmen des Lissabonner Prozesses festgelegten Bereichen, stark an Aussagekraft. Zum Beispiel heißt es an einer Stelle des JIM: *"Laut des UNDP liegt die Arbeitslosenquote unter den Roma bei 64%."* Dies ist die einzige Angabe zum Thema Arbeitslosigkeit unter den Roma.

"Wenn der nationale Aktionsplan ernsthafte und wirksame Vorschläge für Maßnahmen enthalten soll, muss der derzeitige Mangel an detaillierten Daten über die Situation der Roma in den verschiedenen Bereichen umgehend behoben werden", so das Fazit des ERRC.

V.F. - Auf der Grundlage der Beurteilung des ERRC

(*) Das European Roma Rights Center ist eine internationale Organisation, die die Situation der Roma in Bezug auf Menschrechte beobachtet und in Fällen der Missachtung von Menschenrechten Rechtsbeistand bietet. Kontaktadresse: ERRC, 1386 Budapest 62, P.O. Box 906/93, Ungarn. Tel.: +36 1 413-2200, Fax: +36 1 413-2201, Email: office@errc.org, Website: http://errc.org

Roma-Kinder in einem heruntergekommenen Umfeld, Slowakische Republik

WICHTIGE DOKUMENTE

EAPN

- EAPN-Kommentar zu den Gemeinsamen Memoranda für die soziale Eingliederung - Februar 2004
- Informationsblatt zur Anwendung er europäischen Strategie zur sozialen Eingliederung in den EU-Beitritts-/ Kandidatenländern – März 2003
- EU-Strategie zur sozialen Eingliederung: Informationsblatt für NRO in den Bewerberländern - Februar 2002

Siehe: www.eapn.org/enlargement/strat_en.htm

EU

- Gemeinsame Memoranda für die soziale Eingliederung - Dezember 2003: http://europa.eu.int/comm/employment_social/soc-prot/soc-incl/jim_de.html
- Die Sozialschutzsysteme in den 13 Kandidatenländern - März 2003: http://europa.eu.int/comm/employment_social/soc-prot/social/index_de.htm
- Regelmäßiger Bericht und Überwachungsbericht über den Fortschritt in Richtung Beitritt für 2003
- Strategien zur Umsetzung der Strukturfonds in den neuen Mitgliedstaaten für 2004-2006
- Jahrbuch der Kandidatenländer – Ausgabe 2003
- Eurobarometer "Kandidatenländer"- Herbst 2003

See: www.europa.eu.int/comm/enlargement/index_de.html

EU-NRO

- EU-Erweiterung: Towards an Equitable Europe [EU-Erweiterung: ein gerechtes Europa schaffen] - Juni 2003 (Caritas Europa). Siehe: www.caritas-europa.org
- Building bridges across a wider Europe: Civil dialogue in Candidate Countries [Brücken in einem größeren Europa bauen: der zivile Dialog in den Beitrittsländern] (Social Platform): www.socialplatform.org
- Frühjahrsausgabe 2003 von Homeless in Europe, Newsletter der FEANTSA: www.feantsa.org/enlargement/enlargement.htm
- Survey on Enlargement and Health [Untersuchung bezüglich Erweiterung und Gesundheit]- Februar 2003 (European Public Health Alliance, europäische Gesundheitsorganisation): www.epha.org/a/39

Nützliche Websites

EAPN: www.eapn.org/enlargement/strat_de.htm

NRO
- Tschechische Republik: www.ngo-eu.cz
- Polen: www.ue.ngo.pl
- Rumänien: http://database.ngo.ro

EU
- Website zur Erweiterung – von A bis Z: www.europa.eu.int/comm/enlargement/atoz.htm
- Portal der Europäischen Union zur Erweiterung: http://europa.eu.int/pol/enlarg/index_de.htm
- Website der Europäischen Kommission: www.europa.eu.int/comm/enlargement/index_de.html
- Webpage des Europäischen Parlaments: www.europarl.eu.int/enlargement
- Erweiterung – die soziale Dimension: http://europa.eu.int/comm/employment_social/enlargement/index_de.htm
- Beschäftigung und Erweiterung: http://europa.eu.int/comm/employment_social/empl_esf/enlargement_de.htm
- Eurostat (Themen/ Allgemeine Statistik/ Beitrittsländer): http://europa.eu.int/comm/eurostat/

Delegationen der Kommission
- Zypern: www.delcyp.cec.eu.int
- Tschechische Republik: www.evropska-unie.cz
- Estland: www.euroopaliit.ee
- Ungarn: www.eudelegation.hu
- Lettland: www.eiropainfo.lv
- Litauen: www.eudel.lt
- Malta: www.delmlt.cec.eu.int
- Polen: www.europa.delpol.pl
- Slowakische Republik: www.europa.sk
- Slowenien: www.evropska-unija.si

Regierungen der neuen Mitgliedstaaten
- Zypern: www.moi.gov.cy/pio
- Tschechische Republik: www.vlada.cz
- Estland: www.vm.ee
- Ungarn: www.mfa.gov.hu
- Lettland: www.mfa.gov.lv
- Litauen: www.urm.lt
- Malta: www.gov.mt
- Polen: www.msz.gov.pl
- Slowakische Republik: www.government.gov.sk
- Slowenien: www.sigov.si

Unbekannte Obdachlosenquote in Polen

In Polen gibt es bislang keinen umfassenden und zufriedenstellenden Überblick über die Obdachlosigkeit. Dies hält die NRO jedoch nicht von ihrem Versuch ab, die Kluft zwischen politischem Willen und der Wirklichkeit zu überwinden.

Laut den Berichten der FEANTSA (siehe Kasten), wurde das Problem der Obdachlosigkeit in Polen seit 1989 nur allmählich anerkannt, auch wenn es seinen Ursprung bereits in der Ära des Kommunismus hatte. Trotzdem gibt es bislang weder einen umfassenden Überblick über das Phänomen, noch eine zufriedenstellende Methode zur Messung seines Ausmaßes.

Nach Einschätzung der Regierung liegt die Zahl der polnischen Obdachlosen bei höchstens 30.000, während die NRO allerdings von 300.000 bis zu einer halben Million ausgehen (in einem Land mit 38,7 Millionen Einwohnern). Abgesehen vom Fehlen zweifelsfreier Zahlen gibt es auch keine genaue Definition von 'Obdachlosigkeit', die das komplexe Wesen dieses Phänomens erfasst.

Was sind die Ursachen des Problems?

Eine andere Debatte in Polen dreht sich um die Ursachen des Problems. Einige Forscher betonen strukturelle Ursachen wie die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen im post-kommunistischen Polen (insbesondere die wachsende Arbeitslosigkeit). Andere heben die inadäquate Gesetzgebung und Wohnungspolitik hervor, während in wieder anderen Studien Faktoren wie Alkohol, Drogenabhängigkeit, Scheidung, Zerfall von Familien etc genannt werden. Legt man solide Forschungsergebnisse zugrunde, so widerspricht das tatsächliche Bild der von Obdachlosigkeit betroffenen Gruppen dem gängigen Stereotyp von mangelnder Bildung, fortgeschrittenem Alter und Alkoholproblemen. So haben 30% der Obdachlosen einen Schulabschluss und einen Beruf. Nichtsdestotrotz ist der Mythos, Obdachlose seien selbst an ihrem Schicksal schuld, in der öffentlichen Meinung immer noch weitverbreitet.

Die Gesetzgebung und die Wirklichkeit

Im allgemein rechtlichen Sinne diskriminiert die polnische Gesetzgebung obdachlose Menschen nicht. Sie haben z.B. haben ein Wahlrecht und können soziale Dienstleistungen wie Notunterkünfte, Sachhilfen und Gesundheitsfürsorge in Anspruch nehmen. Insbesondere lokale Behörden sind verpflichtet, sich um Obdachlose zu kümmern. Leider funktionieren die institutionellen Unterstützungsmechanismen aber nicht, da es an klaren Vorschriften fehlt und das Zusammenspiel von lokaler und nationaler Ebene nicht funktioniert. Als Folge wird die relativ günstige Gesetzeslage nicht in die Praxis umgesetzt. Ein Beispiel: eine obdachlose Person ohne Sozialversicherung kann im Krankenhaus behandelt werden, das die Rechnung dann an die für Sozialhilfe zuständige öffentliche Stelle schickt. Da die Krankenhäuser jedoch oft nicht bezahlt werden, haben es obdachlose Menschen schwer, in Krankenhäusern aufgenommen zu werden, wenn überhaupt!

Die unschätzbare Rolle der NRO

Aus diesen Gründen haben die NRO in den letzten Jahren eine entscheidende Rolle in der Bereitstellung von Dienstleistungen für die Obdachlosen gespielt. Sie haben ungefähr 80.000 bis 130.000 Menschen - darunter eine wachsende Zahl von Frauen und Familien - Hilfe zukommen lassen. Der Umfang der Dienstleistungen ist sehr groß. Unmittelbare Hilfe herrscht zwar immer noch vor, aber inzwischen werden auch Wiedereingliederungsprojekte entwickelt. Trotzdem gibt es noch viel zu tun: die Zahl der Plätze in NRO-Unterkünften ist unzureichend und die meisten NRO-Sozialzentren befinden sich in den Großstädten, während es in Randgebieten nur wenige gibt.

V.F. - Auf der Grundlage der FEANTSA-Berichte

Zwei Bestandsaufnahmen

Die Europäische Föderation Nationaler Obdachlosenorganisationen (FEANTSA) hat kürzlich zwei Studien zur Bestandsaufnahme der Obdachlosen-Situation in sechs Betritts-/Kandidatenländern durchgeführt (Slowakische Republik, Bulgarien, Polen, Ungarn, Lettland und Litauen). Die erste Studie hat sich mit der Forschung im Bereich Obdachlosigkeit in diesen Ländern befasst, während die zweite die Leistungserbringung für Obdachlose aus der Sicht der NRO erörtert. Diese Bestandsaufnahme wird auch noch in anderen Ländern durchgeführt.

Siehe: www.feantsa.org/enlargement/enlargement.htm

Die Gemeinsamen Memoranda für die soziale Eingliederung in Kürze

Die Gemeinsamen Memoranda für die soziale Eingliederung (JIMs) wurden am 18. Dezember 2003 formal durch die Kommission und die staatlichen Behörden unterzeichnet und sollen den neuen Mitgliedsstaaten eine solide Grundlage zur Verfügung stellen, um bis Juli 2004 ihre ersten NAP zur sozialen Eingliederung zu erstellen.

Zypern

Laut des JIM besteht die größte Herausforderung der sozialen Eingliederung in Zypern darin, sich auf die Menschen zu konzentrieren, die verletzlich werden: ältere Menschen, Rentner, die in Einpersonenhaushalten leben, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehende und Einwanderer. Die Regierung und die Kommission halten es für wesentlich, das Sozialschutzsystem so zu ändern, dass es den Folgen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen präventiv begegnet.

Die dringendsten Herausforderungen sind:
- Sicherstellung einer angemessenen finanziellen Unterstützung für ältere und pensionierte Menschen durch Modernisierung des Sozialschutzes;
- Bekämpfung des entstehenden Missverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage bei den beruflichen Qualifikationen und Stärkung von Beschäftigungsinitiativen und Initiativen für Menschen mit Behinderungen;
- Sicherstellung des Zugangs zu gutem Wohnraum und guter Gesundheitsversorgung für alle Menschen, insbesondere die am meisten verletzlichen Gruppen.

Die unmittelbarsten politischen Prioritäten sind:
- Sozialschutzmaßnahmen, die sich auf ältere Menschen konzentrieren, modernisieren. In dieser Hinsicht soll die bis Ende 2008 geplante Einführung einer nationalen Krankenversicherung ein gerechteres und wirksameres Gesundheitssystem sicherstellen;
- Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und Teilhabe von Frauen und verletzlichen Gruppen, z.B. Menschen mit Behinderungen;
- Benachteiligungen im Bildungsbereich durch jährliche Verbesserung des Bildungssystems bekämpfen;
- die statistischen Kapazitäten Zyperns verbessern, um den derzeitigen Mangel an Bewertungskultur und aktueller Daten zu beheben;
- guten Wohnraum für alle Menschen sicherstellen.

Die Reform des Gesetzes zur Gründung des Pan Cyprian Welfare Council ("pan-zypriotischer Wohlfahrtsrat") soll dazu beitragen, der Zivilgesellschaft eine größere Rolle in der Sozialpolitik und in der Bereitstellung von Dienstleistungen zu verschaffen.

- Bevölkerung: 705.000 (in den griechisch-zypriotischen Gebieten)
- Anteil der von Armut bedrohten Personen (Einkommen unterhalb 60% des nationalen Einkommensmittelwerts) (1997): 16% (Männer: 15, Frauen: 18, Rentner: 62)
- Anteil der von Armut bedrohten Personen vor allen Transfers (1996): 24%
- Beschäftigungsquote (2002): 68,5% (Männer: 78,8, Frauen: 59,0)
- Arbeitslosenquote (2002): 3,3% (Männer: 2,6, Frauen: 4,2)
- Jugend-Arbeitslosenquote (2002): 7,7% (15-24 Jahre)

Tschechische Republik

Laut des tschechischen JIM besteht die größte Schwäche der bestehenden Systeme in dem Versäumnis, Anreize für Leistungsempfänger zu schaffen, eine Beschäftigung zu suchen. Es wird auch hervorgehoben, dass Beschäftigung als wichtigstes Instrument für die soziale Eingliederung angesehen wird.

Die dringendsten Herausforderungen sind daher:
- auf die laufenden strukturellen Veränderungen reagieren, die auch Veränderungen des Arbeitsmarkts mit sich bringen;
- Langzeitarbeitslose dabei unterstützen und ermutigen, in die Beschäftigung zurückzukehren, und die Abhängigkeit vom Sozialschutz vermindern;
- Bedingungen beseitigen, die zu Benachteiligung im Bildungsbereich führen, und Bedingungen schaffen, die eine Verknüpfung zwischen dem Bildungssystem und den Anforderungen des Arbeitsmarktes gewährleisten;
- die Sozialschutz- und Gesundheitssysteme anpassen,
- den Zugang zu erschwinglichen und qualitativ guten Wohnungen erhöhen.

Die unmittelbarsten politischen Prioritäten sind:
- ein neues System der finanziellen Unterstützung schaffen;
- präventive und unterstützende Maßnahmen zur Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit sowie Sozial- und Ausbildungsprogramme weiter ausbauen;
- Gesundheits- und Sozialfürsorge hauptsächlich auf kommunaler Ebene verknüpfen und diesbezügliche Normen einführen und ergänzen;
- einen funktionierenden Wohnungsmarkt fördern und ein spezielles Ressort für den sozialen Wohnungsbau einführen;
- Zugang zu öffentlichen Transportmitteln verbessern, insbesondere in benachteiligten Regionen.

Es wird darauf ankommen, regionale Unterschiede zu berücksichtigen. Laut des JIM erfordert die Umsetzung der geplanten Schritte, dass einzelne Maßnahmen auf niedrigere regionale und lokale Ebenen übertragen werden und dass sichergestellt ist, dass Ressourcen und Kapazitäten zur Entwicklung koordinierter und integrierter politischer Maßnahmen zur Verfügung stehen.

- Bevölkerung: 10,3 Millionen
- Anteil der von Armut bedrohten Personen (Einkommen unterhalb 60% des nationalen Einkommensmittelwerts): 8%
- Anteil der von Armut bedrohten Personen vor allen Transfers (2002): 41,6%
- Anteil der von Armut bedrohten Personen nach Haushaltstyp: zwischen 3% (2 Erwachsene, 0 Kinder, beide unter 64) bis 27% (Alleinerziehende, mind. 1 Kind)
- Anteil der von Armut bedrohten älteren Personen (65+): 6% (Männer: 3, Frauen: 8)
- Arbeitslosenquote (2002): von 3,7% (Großraum Prag) bis 17,1% (Region Ústecky)

- Bevölkerung: 1,36 Millionen (einschließlich 13% Staatenlose)
- Ethnisches Profil: Esten (67,9%), Russen (25,6%), Andere (6,5%)
- Anteil der von Armut bedrohten Personen (Einkommen unterhalb 60% des nationalen Einkommensmittelwerts) (2002): 17,9% (Männer: 17, Frauen: 18,7)
- Anteil der von Armut bedrohten arbeitslosen Personen (2002): 48,4%
- Anteil der von Armut bedrohten Personen nach Haushaltstyp: von 6,9% (2 Erwachsene, 0 Kinder, mind. 1 Erw. 65+) bis 39% (1 Person, -30)
- Arbeitslosenquote (2002): 10,3% (67.200 Personen)
- Langzeit-Arbeitslosenquote (2001): 6,2% (Männer: 6,8, Frauen: 5,4)

- Bevölkerung: 10,2 Millionen
- Anteil der von Armut bedrohten Personen (Einkommen unterhalb 60% des nationalen Einkommensmittelwerts) (2001): 10% (Männer: 10, Frauen: 10)
- Armutsquote unter den Roma (Einkommen unterhalb 50% des nationalen Einkommensmittelwerts): 67,1% (Gesamtbevölkerung: 6,1)
- Anteil der von Armut bedrohten Personen vor allen Transfers (2001): 44%
- Anteil der von Armut bedrohten arbeitslosen Personen (2001): 31% (Männer: 36, Frauen: 24)
- Anteil der von Armut bedrohten Personen nach Haushaltstyp (2001): von 5% (2 Erwachsene, 0 Kinder, mind. 1 Erw. 65+) bis 22% (2 Erwachsene, mind. 3 Kinder)
- Beschäftigungsquote (15-64) (2002): 56,6% (Männer: 63.5, Frauen: 50,0, Roma: 28,7)
- Arbeitslosenquote (2002): 5,6% (Männer: 6,0, Frauen: 5,1, Roma: 28,8)
- Arbeitslosenquote nach Region (2002): von 3,9% (Zentral-Ungarn) bis 8,8% (Nord-Ungarn)

Estland

Die estnische Strategie sollte die Umstellung auf und Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsgesetze beinhalten. Diese verbieten Diskriminierung aufgrund der Rasse oder ethnischen Herkunft in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, soziale Sicherung, Gesundheitsversorgung und Zugang zu Wohnraum, Waren und Dienstleistungen.
Die Punkte, die bei der Erstellung des JIM identifiziert wurden, unterstreichen die Notwendigkeit eines auf längere Zeit angelegten Ansatzes und einer schrittweisen Herangehensweise, die sich an der Verfügbarkeit der Ressourcen orientiert.

Die dringendsten Herausforderungen sind:
- Teilhabe am Arbeitsmarkt erhöhen,
- adäquates Einkommen für Menschen gewährleisten, die nicht in der Lage sind, selbst für ihren Lebensunterhalt aufzukommen,
- adäquate finanzielle und andere Unterstützung für Familien mit Kindern sicherstellen,
- Armut unter Kindern vorbeugen und vermindern,
- Probleme im Bildungsbereich angehen,
- die Integration der Bildungs-, Beschäftigung-, Sozial-, Gesundheits- und Wohnungspolitik sowie anderer Politikbereiche auf nationaler und lokaler Ebene verbessern.

Die unmittelbarsten politischen Prioritäten sind:
- aktive Arbeitsmarktmaßnahmen erweitern und finanzieren,
- Unterstützung von Großfamilien und Alleinerziehenden verstärken,
- das Rentenniveau erhöhen;
- sicherstellen, dass die Sozialhilfe so bemessen ist, dass sie die Grunderfordernisse für ein menschenwürdiges Leben erfüllt,
- Benachteiligungen im Bildungsbereich vermindern,
- mehr erschwingliche Wohnungen und Unterkünfte bereitstellen.

Die estnische Regierung hält es für wichtig, dass die Vereinbarungen bezüglich der Koordination und Integration von Maßnahmen fortgesetzt werden und dass es einen kontinuierlichen Überwachungs- und Bewertungsprozess gibt. Zu diesem Zweck überlegt sie, ein Koordinations- und Mainstreamingteam einzusetzen oder andere Vorkehrungen zu treffen.

Ungarn

Es wurde eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz von Familien, Kindern, Jugendlichen und Minderheiten sowie zur Bereitstellung qualitativ hochwertiger Sozialdienste, eines gerechten Sozialversicherungssystems und eines effizienten, koordinierten und zielgerichteten Unterstützungssystems angekündigt. Diese Maßnahmen erfordern einen umfassenden Ansatz, um geschlechtspezifische Ungleichheiten zu vermindern, die soziale Eingliederung der Roma zu verbessern und Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen zu schaffen.
Die wichtigste Frage betrifft den hohen Anteil an Nichterwerbspersonen. Sich mit dieser Gruppe zu befassen und den Betroffenen zu helfen, eine Beschäftigung zu finden, sollte eine hohe politische Priorität im Kampf gegen die Armut werden. Abgesehen von den Nichterwerbspersonen, Arbeitslosen und Menschen mit Behinderungen ist es wichtig, sich mit der Situation anderer Gruppen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, zu befassen.

Die dringendsten Herausforderungen sind:
- die Mängel im Bildungsbereich und im Arbeitsmarkt bekämpfen;
- die allgemeine Beschäftigungsquote erhöhen und Maßnahmen ergreifen, damit sich Arbeit lohnt;
- den Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung, Sozialdiensten und adäquatem Wohnraum für alle Menschen gewährleisten.

Die unmittelbarsten politischen Prioritäten sind:
- Wege in die Beschäftigung ebnen und das Bildungs- und Ausbildungssystem an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes anpassen,
- der Gesellschaft das Konzept des lebenslangen Lernens bewusst machen,
- Verstärkung der Maßnahmen zur Wiedereingliederung der am stärksten von sozialer Ausgrenzung betroffenen Gruppen in den Arbeitsmarkt,
- sicherstellen, dass auch bei flexiblen und atypischen Beschäftigungsverhältnissen qualitativ hochwertige und adäquate Leistungsansprüche und Sozialschutz gewährleistet sind.
- Betreuungskonzepte entwickeln, um den Menschen zu helfen, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren,
- die Wohnungspolitik reformieren.

Die Regierung möchte geeignete institutionelle Mechanismen entwickeln, die eine engere Zusammenarbeit zwischen der Regierung, den Sozialpartnern, lokalen Behörden und den NRO gewährleistet.

Lettland

Eines der wichtigsten Erkenntnisse aus dem lettischen JIM ist, dass die Qualität der Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der bestimmende Faktor für den Lebensstandard der Menschen ist. Das derzeitige Bildungssystem wurde noch nicht an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes angepasst. Die allgemeine Arbeitslosenquote ist vergleichsweise hoch und die erheblichen regionalen Unterschiede bezüglich der Arbeitslosenquote bestehen immer noch. Die Einkommenspolarisation verstärkt sich und die Zahl der Menschen mit Niedrigeinkommen ist hoch.

Die dringendsten Herausforderungen sind:
- die Qualität, Zugänglichkeit und Kosteneffizienz der Bildung steigern - mit besonderem Schwerpunkt auf der Anpassung von Bildung und Ausbildung an den modernen Arbeitsmarkt und der Bekämpfung des Problems junger Schulabbrecher;
- die hohe Arbeitslosenquote verringern;
- den Menschen ein adäquates Einkommen garantieren und gleichzeitig das Sozialschutzsystem stärker mit aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen verknüpfen, um möglichst vielen Menschen zu helfen, einen Arbeitsplatz zu bekommen und dauerhafte Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung zu verhindern.

Die unmittelbarsten politischen Prioritäten sind:
- die Bildung stärker an den modernen Arbeitsmarkt anpassen;
- aktive Arbeitsmarktmaßnahmen, die insbesondere auf die am meisten von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Menschen gerichtet sind, ausweiten und entsprechend finanzieren;
- ein adäquates Mindesteinkommen für alle Menschen sicherstellen;
- eine staatliche Strategie für den sozialen Wohnungsbau entwickeln und umsetzen.

Es könnte eine inter-institutionelle Arbeitsgruppe oder ein Beratungsausschuss mit Vertretern der höchsten Entscheidungsebenen gegründet werden, um politische Maßnahmen und Aktionen besser koordinieren zu können und alle relevanten Ministerien, NRO und Sozialpartner aktiv zu beteiligen.

- Bevölkerung: 2,3 Millionen
- Ethnisches Profil: Letten (58,2%), Russen (29,2%), Andere (12,6%)
- Anteil der von Armut bedrohten Personen (Einkommen unterhalb 60% des nationalen Einkommensmittelwerts) (2002): 16%
- Anteil der von Armut bedrohten Personen vor allen Transfers (2002): 43%
- Beschäftigungsquote (2002): 60.5% (Männer: 64,3, Frauen: 57,0)
- Arbeitslosenquote
  ner: 13,1, Frauen: 11,0) (Letten: 9,9, andere Nationalitäten: 15,2)

Litauen

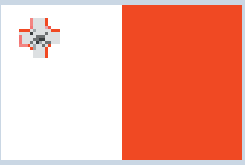
Eine Strategie zur Verringerung der Armut wurde in Litauen im Jahr 2000 entwickelt und ein Umsetzungsprogramm für den Zeitraum 2002-2004 von der Regierung im November 2002 angenommen. Die Erstellung des JIM lehnte sich an diese Bemühungen und Verpflichtungen an.

Die dringendsten Herausforderungen sind:
- die Beschäftigungsquote erhöhen und die Arbeitslosigkeit verringern,
- die Armut in ländlichen Gebieten bekämpfen und benachteiligte ländliche Gebiete wiederbeleben;
- das Sozialschutzsystem so weiterentwickeln, dass den Menschen, die nicht in der Lage sind zu arbeiten, ein adäquates Einkommen garantiert wird, und gleichzeitig eine engere Verknüpfung zwischen der Zahlung von Arbeitslosengeld und aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen herstellen;
- Benachteiligungen im Bildungsbereich bekämpfen und sicherstellen, dass alle Bürger die notwendigen Fähigkeiten erwerben, um an der neuen Informationsgesellschaft teilzuhaben.

Die unmittelbarsten politischen Prioritäten sind:
- Maßnahmen entwickeln, um den Zugang zu Beschäftigung für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen zu fördern,
- einen Plan für die Entwicklung ländlicher Gebiete entwickeln und umsetzen und weitere Maßnahmen zur Verringerung der sozialen Ausgrenzung in ländlichen Gebieten entwickeln,
- das Sozialschutzsystem weiterentwickeln und schrittweise seine Finanzierung erhöhen - mit besonderem Schwerpunkt auf den folgenden Zielen: das Sozialhilfegesetz umsetzen, Sozialversicherungsrenten schneller erhöhen als das Wachstum der durchschnittlichen Einkünfte; die Zahlung von Sozialrenten an ältere und behinderte Menschen, die keine Sozialversicherungsrente erhalten, erweitern; und den Einkommensteuersatz für Menschen mit geringem Einkommen verringern,
- Benachteiligungen im Bildungsbereich verhindern,
- den Zugang zur Wissensgesellschaft erweitern.

Die Beseitigung der Armut und der sozialen Ausgrenzung bedeutet auch, Fortschritte kontinuierlich zu überprüfen und zu überwachen und den Prozess der zwischenbehördlichen Arbeit und des Mainstreamings in allen Politikbereichen fortzusetzen.

- Bevölkerung: 3,5 Millionen
- Ethnisches Profil: Litauer (83%), Polen (6,7%), Russen (6,3%)
- Anteil der von Armut bedrohten Personen (Einkommen unterhalb 60% des nationalen Einkommensmittelwerts) (2001): 17%
- Anteil der von Armut bedrohten Personen vor allen Transfers (2001): 38%
- Anteil der von Armut bedrohten Personen nach Haushaltstyp (2002): von 21,5% (Rentner) bis 42,4% (Personen, die von Sozialhilfe leben)
- Beschäftigungsquote (15-64) (2002): 59,6% (Männer: 62.3, Frauen: 57,1)
- Arbeitslosenquote (2002): 13,8% (Männer: 14,6, Frauen: 12,9) (Litauer: 11.6, Russen: 19.9)
- Langzeit-Arbeitslosenquote (2002): 7,4%



- Bevölkerung: 400.000
- Anteil der von Armut bedrohten Personen (Einkommen unterhalb 60% des nationalen Einkommensmittelwerts) (2000): 15% (Männer: 15, Frauen: 15)
- Anteil der von Armut bedrohten Personen vor allen Transfers (2000): 30%
- Anteil der von Armut bedrohten arbeitslosen Personen (2000): 50% (Männer: 57, Frauen: 31)
- Anteil der von Armut bedrohten Personen nach Haushaltstyp (2000): von 11% (2 Erwachsene, 0 Kinder) bis 55% (Alleinerziehende, mind. 1 Kind)
- Beschäftigungsquote (Dez. 2002): 54,5% (Männer: 74,2, Frauen: 34,5)
- Arbeitslosenquote (Dez. 2002): 6,8% (Männer: 6,2, Frauen: 8,2)

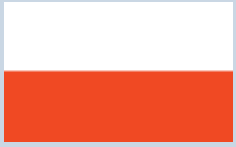
Malta

Die wichtigsten Herausforderungen, die im maltesischen JIM identifiziert werden, betreffen die hohe Analphabetenquote, Erwachsene mit geringer Bildung und andere Probleme im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt. Die gefährdetsten Gruppen sind: Menschen mit Behinderungen, benachteiligte Kinder und Alleinerziehende, Erwachsene mit geringer beruflicher Qualifikation, Menschen mit geistigen Problemen, Menschen mit Suchtproblemen und Teile der älteren Bevölkerung mit geringem Einkommen (sprich Frauen) und Einwanderer.

Die dringendsten Herausforderungen sind:
- Analphabetismus bekämpfen und das Bildungsniveau von Schülern und Erwachsenen im fortgeschrittenen Alter verbessern;
- die allgemeine Beschäftigungsquote erhöhen und Maßnahmen entwickeln, damit sich Arbeit lohnt, sowie mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen,
- Das Sozialsystem stärken, den sozialen Wohnungsbau fördern und mehr bezahlbaren Wohnraum bereitstellen.

Die unmittelbarsten politischen Prioritäten sind:
- das Angebot an beruflichen Bildungsmöglichkeiten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens verbessern,
- durch Bereitstellung von Umschulungs- und Weiterbildungskursen für bestimmte Zielgruppen wie Frauen, Menschen mit Behinderungen etc. Anreize für die Aufnahme einer Berufstätigkeit schaffen;
- Programme entwickeln, um Frauen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen,
- das Sozialschutzsystem reformieren, um seine Nachhaltigkeit, Angemessenheit und Allseitigkeit zu gewährleisten,
- durch zusätzliche Programme das Wohl von Abhängigen stärken: Kinder, Menschen mit Behinderungen, Arbeitslose, ältere Menschen und andere Gruppen,
- das Angebot an bezahlbaren Wohnungen für die Bedürftigsten und für bestimmte Zielgruppen erhöhen.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird entsprechende institutionelle Mechanismen erfordern, um die aktive Teilhabe der von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen zu gewährleisten.



- Bevölkerung: 38,7 Millionen
- Anteil der von Armut bedrohten Personen (Einkommen unterhalb 60% des nationalen Einkommensmittelwerts) (2001): 15% (Männer: 16, Frauen: 15)
- Anteil der von Armut bedrohten Personen vor allen Transfers (2001): 48%
- Anteil der von Armut bedrohten arbeitslosen Personen (2001): 37% (Männer: 39, Frauen: 35)
- Anteil der von Armut bedrohten Personen nach Haushaltstyp (2001): von 5% (1 Erw., -30) bis 32% (2 Erw., mind. 3 Kinder)
- Beschäftigungsquote (15-64) (2002): 51,5% (Männer: 56,9, Frauen: 46,2)
- Arbeitslosenquote (2002): 19,9% (Männer: 19,2, Frauen: 20,9)
- Langzeit-Arbeitslosenquote (2002): 7,9% (Männer: 6,7, Frauen: 9,2)

Polen

Im Jahr 2000 brachte die polnische Regierung ihre sozialpolitische Strategie für 2002-2005 auf den Weg, um die wichtigsten sozialpolitischen Herausforderungen zu identifizieren. Sie umfasst eine Reihe von Maßnahmen, die innerhalb der letzten zwei Jahre angenommen wurden, um die Situation von Gruppen mit Niedrigeinkommen zu verbessern, Ungleichheiten zu verringern und den sozialen Zusammenhang zu fördern.
Die Arbeit am polnischen JIM hat von diesem Engagement profitiert. Das wichtigste Problem im Zusammenhang mit Armut und sozialer Ausgrenzung in Polen ist immer noch die niedrige Erwerbsquote. Dies ist auf das hohe Arbeitslosenniveau zurückzuführen und hängt mit dem hohen Belastungsquotienten aufgrund der extensiven Inanspruchnahme von Frührente und Erwerbsunfähigkeitsrenten zusammen. Andere Risikogruppen sind ältere Menschen, Obdachlose, Kinder und Jugendliche, Menschen, die Erfahrungen mit Missbrauch gemacht haben.

Die dringendsten Herausforderungen sind:
- stärker in Bildung und in die Entwicklung und den Ausbau des lebenslangen Lernens investieren und die Nutzung von ICT-Technologie fördern;
- die Beschäftigungsquote erhöhen und Menschen, die von staatlicher Unterstützung abhängig sind, zurück in den Arbeitsmarkt bringen;
- die Bereitstellung hochwertiger Gesundheitsversorgung verbessern.

Die unmittelbarsten politischen Prioritäten sind:
- Arbeitsmarktmaßnahmen wieder auf die Aktivierung zur Beschäftigung der verschiedenen Zielgruppen ausrichten;
- das neue Bildungssystem stärken und Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Schulabbrecher einführen;
- die neueren Bestimmungen zum beruflichen Wiedereinstieg von Menschen mit Behinderungen stärken;
- das Sozialschutzsystem in den folgenden Bereichen reformieren: (i) das System der Familienleistungen; (ii) das Fürsorgesystem.

Es werden geeignete institutionelle Mechanismen entwickelt, um eine engere Zusammenarbeit zwischen der Regierung, den Sozialpartnern, lokalen Behörden und den NRO zu erreichen und regionale Unterschiede zu verringern.

Slowakische Republik

Das slowakische JIM macht insbesondere auf die Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung aufmerksam. Es setzt sich besonders mit der Situation von Schulabbrechern, jungen Arbeitslosen, den Roma, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit kleinen Kindern auseinander.

Die dringendsten Herausforderungen sind:
- die Beschäftigungsquote erhöhen und Arbeitslose unterstützen und ermuntern, bei der Arbeitssuche mehr Initiative zu zeigen;
- sicherstellen, dass die Reformen des Sozialschutzsystems sowohl ein adäquates Einkommen für die Betroffenen gewährleisten, als auch aktive Arbeitsmarktmaßnahmen verstärken,
- durch lebenslanges Lernen für alle Menschen Benachteiligungen im Bildungsbereich beseitigen,
- die extreme Armut und soziale Ausgrenzung der Roma beseitigen und ihrer vollständige Integration in die Gesellschaft fördern.

Die unmittelbarsten politischen Prioritäten sind:
- Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration der am stärksten von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen,
- Benachteiligungen im Bildungsbereich beseitigen und die Bildung auf die moderne Gesellschaft und den Arbeitsmarkt ausrichten,
- eine Wohnungspolitik, die den Zugang zu behindertengerechtem Wohnraum für Menschen mit schweren Behinderungen erleichtert und umfassende und integrierte Ansätze im Bereich Obdachlosigkeit entwickeln,
- Bedingungen schaffen zur Verringerung der Armut und sozialen Ausgrenzung der Roma, den Kampf gegen die Diskriminierung der Roma fortsetzen und die Eingliederung der ethnischen Gruppe der Roma in die Mehrheitsgesellschaft.

Es werden geeignete institutionelle Mechanismen entwickelt, um sicherzustellen, dass die einzelnen Belange in allen relevanten Ministerien berücksichtigt werden. Ein besonderer Schwerpunkt sollte die Verringerung regionaler Ungleichgewichte sein.

- Bevölkerung: 5,4 Millionen
- Anteil der von Armut bedrohten Personen (Einkommen unterhalb 60% des nationalen Einkommensmittelwerts) (2003): 5%
- Anteil der von Armut bedrohten Personen vor allen Transfers (2003): 19%
- Arbeitslosenquote (15+) (2002): 18,6%
- Langzeit-Arbeitslosenquote (2002): 12,1%

Slowenien

Die im slowenischen JIM durchgeführte Untersuchung zeigt, dass es sich bei der Mehrzahl der von Armut bedrohten Menschen um Langzeitarbeitslose und junge Arbeitslose handelt und dass ein besonderer Zusammenhang mit den bestehenden regionalen Unterschieden besteht.

Die dringendsten Herausforderungen sind:
- stärker in Bildung investieren, lebenslanges Lernen entwickeln und ausbauen und den Gebrauch von ICT-Technologie fördern;
- die Beschäftigungsquote erhöhen und Menschen, die von staatlicher Unterstützung abhängig sind, zurück in den Arbeitsmarkt bringen;
- den Zugang zu Wohnraum sowie zu Gesundheits- und Sozialfürsorge verbessern.

Die unmittelbarsten politischen Prioritäten sind:
- ein breites Spektrum an aktiven Beschäftigungsprogrammen für verschiedene Zielgruppen: Langzeitarbeitslose, ungelernte Arbeitslose, junge (insbesondere weibliche) Arbeitslose, ältere Arbeitslose und Gruppen, die weit vom Arbeitsmarkt entfernt und sozial ausgegrenzt sind. Dies beinhaltet das Beschäftigungsprogramm für arbeitslose Roma, das die Regierung Ende 2003 auf den Weg gebracht hat;
- Maßnahmen, um die Zahl der Schulabbrecher zu verringern und lebenslanges Lernen zu fördern;
- das Prinzip 'Arbeit muss sich lohnen' in alle Bereiche der Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik aufnehmen;
- Maßnahmen, um die Zahl der verfügbaren Sozialwohnungen und gemeinnützigen Wohnungen zu erhöhen;
- ein neues System der Mietsubventionierung und Bereitstellung adäquaten Wohnraums für die am meisten verletzlichen Gruppen;
- eine Gesundheitsreform mit dem Ziel, dass die Pflichtversicherung mehr Leistungen umfasst, sowie zusätzliche Programme und soziale Dienstleistungen für die am meisten verletzlichen Gruppen;
- bei der Umsetzung dieser Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit auf die benachteiligsten Gebiete richten.

- Bevölkerung: 2 Millionen
- Anteil der von Armut bedrohten Personen (Einkommen unterhalb 60% des nationalen Einkommensmittelwerts) (2000): 13% (Männer: 12, Frauen: 13)
- Anteil der von Armut bedrohten Personen vor allen Transfers (2000): 41%
- Anteil der von Armut bedrohten arbeitslosen Personen (2000): 40% (Männer: 41, Frauen: 38)
- Anteil der von Armut bedrohten Personen nach Haushaltstyp (2000): von 7% (2 Erw., 2 Kinder) bis 37% (1 Erw., 65+)
- Beschäftigungsquote (15-64) (2002): 63,4% (Männer: 68,2, Frauen: 58,6)
- Arbeitslosenquote (15-64) (2002): 6,5% (Männer: 6,1, Frauen: 7,0)
- Langzeit-Arbeitslosenquote (2002): 3% (Männer: 2,6, Frauen: 3,6)

Anmerkung: die Zahlen für die einzelnen Länder stammen aus den Gemeinsamen Memoranda für die soziale Integration. Sie sind nur Annäherungswerte, nicht vollständig vergleichbar und sollten daher mit Vorsicht betrachtet werden.

"Bis vor kurzem wurde Armut noch als nicht existent erklärt"

Das bulgarische Netzwerk gegen Armut war das erste Netzwerk aus den Beitrittsländern, das 2003 dem EAPN beigetreten ist. Es folgt ein Interview mit Douhomir Minev und Maria Jeliazkova.

EAPN: Wodurch war die Übergangszeit in Bulgarien gekennzeichnet?

In Bulgarien war die Zeit des Übergangs durch eine dramatische wirtschaftliche Verschlechterung, eine Verstärkung der Ungleichheit, wenig wirtschaftliche Freiheit, einen unwirksamen gesetzlichen Rahmen, eine enorme Verschlechterung des Lebensstandards, eine tiefe soziale Spaltung und zunehmende soziale Ausgrenzung gekennzeichnet.

Die Reformen, die größtenteils durch die Politik der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds bestimmt wurden, lehnten sich streng an deren Maßstäbe für die wirtschaftliche Umstellung und Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz an. Die bulgarische Gesellschaft ist einen Sonderweg gegangen, der das Land aus dem europäischen Sozialmodell herausgeführt und die Beitrittsverhandlungen verzögert hat. Hoffentlich werden diese bald abgeschlossen und die Schwierigkeiten überwunden...

Trotz der Bemühungen, die Teilhabe der Zivilgesellschaft zu erhöhen, ist die "Distanz" zwischen der Zivilgesellschaft und dem Prozess der Verhandlungen immer noch sichtbar. Dies beschränkt die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft für eine adäquate Teilhabe durch Dialog und Überwachung. Tatsächlich war einer der Hauptgründe dafür, dass Bulgarien beim Übergang einen Sonderweg ging, der nicht-partizipative Charakter des Landes.

Wie ist die Situation in Bezug auf die Bekämpfung der Armut?

Armut wurde entweder als nicht existent erklärt oder als unvermeidliches und unbeabsichtigtes Ergebnis der Politik betrachtet. In jüngster Zeit hat sich die politische Haltung in Bezug auf Armut etwas geändert. Sie wird nun als grundlegendes Problem anerkannt und die Sozialpolitik nimmt eine herausragende Stellung auf der politischen Agenda ein.

Auch die Ausgaben für Sozialpolitik wurden erhöht. Nichtsdestotrotz ist die Grundtendenz noch weit von einer Wende entfernt: a) ein großer Teil der Bevölkerung lebt in Armut (laut Weltbank sind es 13%, jedoch erklären 70% der Bevölkerung, dass sie im Laufe der letzten 10 Jahre von der Verarmung betroffen waren); b) sehr niedrige Einkommen (10-15 mal niedriger als der europäische Durchschnitt) führen zu einer sehrgroßen Zahl an "arbeitenden Armen"; c) ein schlecht funktionierendes Gesundheits- und Bildungssystem; d) der Mangel an adäquaten und bezahlten Arbeitsplätzen. Die Sozialpolitik allein, auch wenn sie in den letzten zwei Jahren an Bedeutung gewonnen hat, kann den mächtigen Ursachen der Armut nicht entgegenwirken.

Worin besteht der Nutzen der Arbeit auf EU-Ebene?

Wir dürfen nicht vergessen, dass aufgrund der Art und Weise, wie die Umstellung erfolgt ist, sich die Zivilgesellschaft nur schwach entwickelt hat und kein Bewusstsein für Bürgerrechte geschaffen wurde. Einige Mythen und Ideologien aus der Übergangszeit haben zivilgesellschaftliche Aktivität gelähmt, z.B.: 1) "Privatisierung ist das Allheilmittel"; 2) "Wenn wir mehr oder genügend Geld gehabt hätten, wäre alles in Ordnung gewesen"; 3) "Schuld ist immer etwas, was weit weg ist" – meistens in zeitlicher, in zunehmendem Maße auch geographischer Hinsicht.

In einem solchen Kontext ist die Gründung eines bulgarischen Netzwerks gegen Armut ziemlich schwierig. Da die NRO schwach sind und es ihnen an eigenen Ressourcen fehlt, versuchen sie diese durch das Eingehen von Partnerschaften zu erreichen. Momentan sind zwei starke Bündnisse von besonderer Bedeutung: die Gemeinschaft von Sozialwissenschaftlern und ein spezieller Kreis von Politikern, die sich besonders für Fragen im Zusammenhang mit Armut interessieren.

Das dritte und vielleicht wichtigste ist das Bündnis mit dem EAPN. Die Notwendigkeit eines solchen Bündnisses erklärt unsere Bereitschaft, EAPN Europe beizutreten. Die wichtigsten Aufgaben von EAPN Bulgarien sind unserer Meinung nach: eine öffentliche Diskussion über die Ursachen von Armut und Wege, ihnen entgegenzuwirken, anregen; die Politikforschung dementsprechend intensivieren; mit dem EAPN zusammenarbeiten, um die sozialen Risiken der EU-Integration, z.B. das sogenannte Sozialdumping, zu verringern.

Interview: P. Brandellero

Bulgarian Anti Poverty Network (BAPN), 159 "Rakovski" str., Sofia 1000, Bulgarien – Tel./Fax: (+359 2) 988 54 48, E-Mail: perspekt@tradel.net

Die Erweiterung bringt eine neue Dimension der Herausforderungen im Bereich Armut, soziale Ausgrenzung und soziale Solidarität mit sich

N°105
März-April 2004

Erscheint in Deutsch, Englisch, Französisch, Italeinisch und Spanisch

Herausgeber
F. Farrell

Redaktion
V. Forest

Rue du Congrès 37-41 bte2
B-1000 Brüssel
tel. 32 2 230 44 55
fax 32 2 230 97 33
E-mail: team@eapn.skynet.be
Internet: http://www.eapn.org

In Zusammen Arbeit mit
P. Brandellero
C. Champeix
C. Nolmans
C. Fonseca

Bureau de dépôt
1600 Sint Pieters Leeuw 1

Mit der Unterstützung der Europäischen Kommission